

# Die heile Schuldenwelt des US-Präsidenten Obama

**Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil**

Wohl selten waren die Erwartungen in einen neuen Präsidenten in den USA so hoch angesetzt wie 2009. Und Kandidat Barak Obama versprach auch vieles, um an die Macht zu kommen. Arbeitsplätze wollte er schaffen. Ausser in einer Erhöhung der Militärbestände in Afghanistan um 25'000 ist davon bisher nichts zu spüren. Die Arbeitslosigkeit ist inzwischen auf 10% angestiegen und seit Ausbruch der Finanzkrise sind mehr als 7 Mio. Arbeitsplätze verschwunden. Nun versucht Präsident Obama krankhaft nachzurechnen, dass er doch erfolgreich Arbeitsplätze geschaffen habe, denn hätte er nicht die riesigen Staatsdefizite und Hilfsprogramme initiiert, dann läge die Arbeitslosigkeit heute noch höher.

Wenn man den neuen Budgetentwurf des Präsidenten anfangs Februar 2010 einer genaueren Betrachtung unterzieht, dann stellt man fest, dass die Schuldenwirtschaft ungebremst weiter gehen soll. In seinem Finanzplan bis 2020 ist ersichtlich, dass Obama mehr neue Schulden machen will als seine 43 Vorgänger im Präsidentenamt. Per Ende Fiskaljahr 2008, dem letzten Amtsjahr von Präsident Bush stellten sich die Schulden auf USD 10'025 Mrd., Ende des Kalenderjahres 2008 auf USD 10'700 Mrd. In der Zwischenzeit haben die US-Staatsschulden auf USD 12'300 Mrd. zugenommen, was einer Zunahme um 15% bzw. USD 1'600 Mrd. entspricht. Doch dabei soll es nicht bleiben. Bereits für das laufende Fiskaljahr per 30. September 2010 wird ein weiteres Rekorddefizit des US-Staatshaushaltes von USD 1560 Mrd. erwartet. Bis 2020 soll das jährliche Staatsdefizit nie mehr unter USD 700 Mrd. fallen, was bezogen auf das letztjährige nominelle Bruttosozialprodukt von USD 14'259 Mrd. immerhin 5% und mehr bedeutet. Das laufende Defizit 2010 beträgt über 10%.

Bis 2020 sollen sich die Staatsschulden auf USD 25'800 nochmals mehr als verdoppeln. Dabei geht Präsident Obama von reichlich optimistischen Annahmen aus. Er rechnet beispielsweise damit, dass seine Schuldenwirtschaft keine wesentlichen Folgen für das längerfristige Zinsniveau haben werde. Bis 2020 hofft er, werden die Zinsen der 10-jährigen Staatsanleihen nicht über 5,3% und die Kurzfristzinsen nicht über 4,1% ansteigen. Er rechnet bis 2020 mit einem Wirtschaftswachstum von nominell 69%, das sind 4.9% pro Jahr. Real soll das BIP-Wachstum in dieser Frist 3,3% betragen. Bis 2020 ist keine weitere Rezession in Sicht. Trotz dieser mutigen Annahmen wird die Verschuldung in Prozenten des BIP von 69% Ende Amtszeit George W. Bush bis 2020 auf 107% ansteigen.

Im Jahre 2009 per 30. September erreichten die Staatseinnahmen nur noch 60% der Ausgaben. Um diese Kluft zu schliessen, sollen gemäss Obama die Einnahmen in

den nächsten 11 Jahren mit 7,6% wesentlich schneller ansteigen als die Ausgaben, die immerhin um weitere 4,5% pro Jahr wachsen sollen. Die bedeutet im Klartext eine massive Zusatzbelastung für die Haushalte und die Unternehmen. So sollen die Steuern der Privaten von USD 915 Mrd.(2009) bis 2020 auf USD 2338 Mrd. , jene der Unternehmen von USD 138 Mrd. auf USD 502 Mrd. zunehmen. Insgesamt will er die Staatseinnahmen innert 10 Jahren um 124% von USD 2'105 Mrd. auf USD 4'710 Mrd. steigern. Damit werden die Einnahmen von 15% des BIP auf 20% ansteigen und dennoch wird 2020 immer noch ein Defizit von USD 1003 Mrd. resultieren.

Der amerikanische Präsident und sein Team werden mit dieser Schuldenwirtschaft zu einem Stabilitätsrisiko für die gesamte Weltwirtschaft. Die Rezession und Finanzmarktkrise könnten nahtlos in eine Staatsfinanzkrise, gefolgt von Währungs- und Sozialwerkkrise und wenn es noch schlimmer kommt, in eine Staatskrise mit sozialer Unrast übergehen.

Noch erzielen die Fernostländer genügend Ertragsbilanzüberschüsse, um mit diesem Geld die Staatsschulden der USA mitzufinanzieren und selbst in der Schweiz sind gemäss der Statistik des US-Schatzamt per Ende November 2009 für USD 76 Mrd. Staatsschulden zwischengelagert. In Fernost werden Ende 2009 rund 54% aller im Ausland abgesetzten Staatsschulden gehalten, in der Schweiz rund 2%. Man muss sich bewusst sein, dass sich die Staatsschulden der USA in einen sogenannten Publikumsanteil und einen interne Verschuldung bei den Sozialwerken gliedert. Vom Publikum werden heute rund 63% der Staatsschulden finanziert. Davon befinden sich nun schon fast die Hälfte in den Händen ausländischer Investoren. Der Refinanzierung des Staates bei den US-Sozialversicherungen sind Grenzen gesetzt, was die verlangsamte Zunahme des Engagements in den letzten Jahren zeigt. So hat seit Ende 2008 bis Januar 2010 das Publikum 88% der Neuverschuldung übernommen. Die Sozialversicherungen der USA konnten nur noch USD 189 Mrd. finanzieren. Wenn das Ausland die geplante, riesige Neuverschuldung der USA in den nächsten Jahren nicht absorbiert, dann werden die Zinsen für US-Staatsschulden rasch ansteigen. Dies wiederum wird die Finanznot der öffentlichen Hand in den USA noch verschärfen. Bereits heute bekunden auch Bundesstaaten wie Kalifornien, die als Bundesstaat immerhin die 10 grösste Volkswirtschaft der Welt repräsentiert, Mühe, Geld für ihre Defizitfinanzierung zu finden. Ein massiver Zinsanstieg in den USA würde aber auch die Privatwirtschaft mit ins Elend reissen. Wenn in den USA die Zinsen ansteigen, dann dürften auch andere Finanzzentren von diesem Zinsauftrieb erfasst werden, so wie die Subprime-Hypothekenkrise auf andere Länder übergeschwappt ist. Angesichts dieser tristen Aussichten muss man sich fragen, wie lange die Rating-Agenturen noch zuwarten werden, bis auch die "heilige Kuh" USA, geschlachtet wird. Aber eben, wenn man von der Betriebsbewilligung der USA abhängig ist, dann erfordert eine Bonitätsrückstufung des grössten Schuldners der Welt viel Mut.